



Dr. Lars Castellucci
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellv. Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Pressemitteilung

Lars Castellucci zu Rüstungsexporten **„Waffenexporte außerhalb von Vertragsstaaten grundsätzlich verbieten“**

Wiesloch, 04.07.2016

Dr. Lars Castellucci, MdB
Marktstr. 11
69168 Wiesloch
Telefon: +49 06222-9399507
Fax: +49 06222-9399508
lars.castellucci.ma04@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 5.332
Telefon: +49 30 227-73490
Fax: +49 30 227-76491
lars.castellucci@bundestag.de

Zur aktuellen Diskussion um den Rüstungsexportbericht 2015 erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Lars Castellucci:

„Wenn Wolfgang Schäuble der Meinung ist, dass Deutschlands Rüstungskontrolle nicht europatauglich ist, beweist der Bundesfinanzminister einmal mehr, dass er selbst nicht europatauglich ist. **Deutschland braucht nicht weniger, sondern mehr Kontrolle der Waffenexporte.**“

Willy Brandt hat gesagt, dass sich ‚die Politik unseres Landes (...) eindeutig an dem einen Generalnenner Friedenssicherung zu orientieren habe.‘ Das ist meine Richtschnur. Bei aller gebotenen Differenzierung und Anerkennung der Bemühungen und Zwischenerfolge sind Rekordzahlen bei den Rüstungsexporten mit dieser Grundhaltung unvereinbar. Deshalb setze ich mich für die folgenden weitergehenden Punkte ein:

- Rüstungsexporte außerhalb von Vertragsstaaten (etwa Nato und Assoziierte) oder in Vertragsstaaten, die Krisengebiete umfassen oder in denen Menschenrechte missachtet werden, sind zu verbieten. Ausnahmen sind vom Bundestag zu genehmigen.
- Waffenexporte müssen grundsätzlich vom Parlament kontrolliert werden. Jeder Export von Kriegswaffen aus Deutschland bedarf der Genehmigung durch den Deutschen Bundestag.
- Die unter Rot-Grün entwickelten Exportrichtlinien sind als Gesetz zu fassen.
- Die Rüstungsfirmen haften für den Verbleib der Waffen. Dessen Kontrolle wird verschärft und aus den Strafgeldern finanziert.
- Firmen, die im Rüstungsgeschäft tätig sind, werden grundsätzlich von Wirtschaftsdelegationen ausgeschlossen. Rüstungspolitik dient verteidigungs- und außenpolitischen



Zielen, nicht der Wirtschaftsförderung. Entsprechend entfallen Exportkreditversicherungen („Hermesbürgschaften“).

- Veröffentlichungspflichten für Firmen, die im Rüstungsgeschäft tätig sind, werden unabhängig von der jeweiligen Rechtsform angeglichen.
- Um Know-how und Arbeitsplätze zu sichern werden im Rüstungsgeschäft tätige Firmen in der Konversion unterstützt.

Ich stelle diese Punkte zur Diskussion und werbe fraktionsübergreifend für parlamentarische Mehrheiten, die eine Politik in diese Richtung umsetzen.“

Lars Castellucci ist seit 2013 SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rhein-Neckar und Mitglied im Innen- und Europaausschuss.